

**Stellungnahme zum
Beschlussantrag Fraktion Die LINKE - Resolution zur Unterstützung der Initiative
"Seebrücke" (203/2020)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zenker, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte!

Das kommunale Bündnis „Städte Sichere Häfen“ gründete sich im Sommer 2018 auf Initiative der Seebrücke. Potsdam, Marburg, Greifswald u.a. 13 Städte machten den Anfang. Mittlerweile schlossen sich über 200! kleine und größere Städte und Gemeinden an. In zahlreichen europäischen Ländern, der Schweiz, Österreich u.a. gibt es solidarische Städte. Ziel ist es, eine solidarische Migrationspolitik landes- und europaweit einzufordern. Seenotrettung ist nicht kriminell. Sie ist eine völkerrechtlich verankerte Pflicht, Menschen in Not nicht sterben zu lassen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist weltweit zwingend geboten, genauso wie das Recht auf Asyl, verbunden mit konkreten, Flüchtlingsaufnahmen, zu gewähren ist. Abschottung hingegen war und ist noch nie zukunftsweisend. Der angestrebte neue EU Asyl- und Migrationspakt setzt nicht nur die schreckliche Lagerpolitik fort, sondern macht faire Asylverfahren beinahe unmöglich. Den Geflüchteten werden weitere Rechte abgesprochen und sie sind noch stärker den Gefahren durch Gewalt, Intransparenz und Willkür ausgesetzt.

Gerade auch unsere kleine Stadt hat oft von der z.T. Weitsicht ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihren verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren profitiert. Zusammenarbeit im Dreiländereck, internationale Studierende an HS und Institut und nicht zuletzt auch ehemals Fremde, die das Gesicht der Stadt mit ihren Läden oder Restaurants und Firmen mitprägen, haben jetzt und künftig eine starke Bedeutung für alle Zittauerinnen und Zittauer in der Zukunft.

Offen zu sein, Weltoffenheit zu zelebrieren gilt jedoch nicht nur für Menschen, die passgenau nützlich erscheinen, nicht nur für sich ansiedelnde Firmen aus Frankreich, Tschechien oder Polen, sondern auch und gerade für geflüchtete und in europäischen Lagern gestrandete Menschen. Zittau hat es in der Vergangenheit und in jüngster Zeit gut gezeigt, dass es das verstanden hat und praktiziert dies im Alltag. Sichere Häfen statt Abschottung. Verantwortung statt Wegschauen.

Zittau ist bei derzeit 279 Asylbewerberinnen und -Bewerbern sowie „Geduldeten“ (aus Info-Brief LK Görlitz Nr. 10 11/2020) in der Lage, im Bedarfsfalle weitere Menschen aufzunehmen.

Eine Zustimmung zu dieser Resolution, zu dieser öffentlichen Erklärung und Sichtbarmachung, ist ein Bekenntnis der Mitglieder des Zittauer Stadtrates, Zittau Teil dieser wachsenden kommunalen Bewegung der „Sicheren Häfen“ zu machen.

Der Ausländerbeirat der Stadt Zittau empfiehlt mit dieser Stellungnahme dem Antrag zuzustimmen.